



Protokoll

Sozialausschuss | Sitzung
6. Oktober 2021, 16:30 Uhr bis 19:15 Uhr
öffentlich
Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal
Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz
Protokollführerin: Carmen Edler

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 19
Abwesende Mitglieder: 2

Vor Einstieg in die Tagesordnung verpflichtet **der Vorsitzende** Frau Marion Reick-Westphal (Der Paritätische).

Öffentlicher Teil:

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden im Bürgersaal.

TOP 1 Herausforderungen in der sozialen Unterstützungsstruktur während und nach Corona

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Herr Fulda (SJB): Karlsruhe ist vergleichsweise gut durch die Pandemie gekommen. Natürlich sind in allen gesellschaftlichen Systemen erhebliche Veränderungen und Beeinträchtigungen durch Corona aufgetreten. Gefühle von Isolation und Einsamkeit haben sich teilweise verstärkt. Angebote mussten umgestellt werden. Letztendlich schafft der rein digitale oder telefonische Kontakt keine vergleichbare Beziehungsqualität. Positiv war, wie zum Teil Ressourcen entdeckt und entwickelt wurden. Bei der Darstellung der bisherigen Erkenntnisse zu ausgewählten Zielgruppen ging es zum einen darum, wie in den verschiedenen Subsystemen des sozialen Unterstützungssystems mit den Einschränkungen der Pandemie umgegangen wurde und wird, zum anderen darum, welche Auswirkungen beobachtet werden können. Kreative Lösungen und Angebote sind in vielen Bereichen entstanden. Die Digitalisierung hat in allen Bereichen einen großen Schub erhalten. Bislang scheinen die bestehenden Systeme die erkennbaren Folgen der Pandemie aufzufangen. Berichte der Schülerhorte über Lernrückstände und Aggressionspotential sowie verstärkte Anfragen von Schüler/innen und Schulen führen zu starker Auslastung der flächendeckenden Schulsozialarbeit. Es ist zu erwarten, dass die verstärkten Anfragen auch in anderen Hilfesystemen ankommen werden. Auch in der Sparte „Frühe Prävention“ gibt es vermehrte Anfragen von Familien. Aufgrund des Aufholprogramms des Bundes sind in diesem Bereich mehr Gelder vorhanden. Insgesamt stellt der Bund 2 Milliarden Euro, mit Schwerpunkt auf

Lernförderung, zur Verfügung. Da uns das Thema Digitalisierung auch künftig verstärkt begleiten wird, müssen die digitalen Kompetenzen im gleichen Maße mitwachsen, und die Barrierefreiheit muss gewährleistet sein. Wir werden die Auswirkungen von Corona weiterhin beobachten und im Zusammenspiel mit den Trägern gegebenenfalls erforderliche Weiterentwicklungen von Angeboten voranbringen.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Dieser positive Bericht deckt sich mit den Erfahrungen ihrer Fraktion. Ihrer Meinung nach besteht ein gutes Vertrauensverhältnis mit der Verwaltung, und da kann die Sozial- und Jugendbehörde auch darlegen, was nicht gut läuft. Dies habe ihr in der Stellungnahme gefehlt. Sehr gut ist, dass man in spezifischen Bereichen aufmerksam ist und dass häusliche Gewalt nicht zugenommen hat. Es zeigt sich wie wichtig quartiersbezogene Arbeit ist.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Schließt sich Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) an. Ergänzend ist positiv zu bewerten, dass auch ein Fokus auf LSBTTIQ* lag. Es ist wichtig, dass sich die Menschen begegnen können, zumindest digital, wenn dies anders nicht möglich ist.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Wenn man davon ausgeht, dass Corona ein Stress-test für unsere Gesellschaft war, dann muss man feststellen, dass das ganze System funktioniert hat und dies wertschätzen.

Frau Stadträtin Moser (SPD): Besonders ältere Menschen haben unter Corona und der Isolation gelitten. Die älteren Menschen müssen dort abgeholt werden, wo sie sind.

Der Vorsitzende: Die Heime haben Außerordentliches geleistet. Auch für die frühen Impfungen haben sich die jeweiligen Heimleitungen eingesetzt. Ja, die Pandemie ist ein Stress-test, den die Sozialverwaltung zusammen mit der Politik (GR) und den freien Trägern bewältigt hat. Man braucht jedoch einen Plan. Anerkennung für die gesamte Leistung aller. Zusammen mit der PH Karlsruhe wird eine App für Wohnungslose entwickelt. Somit können auch Informationen zum Impfschutz weitergegeben werden. Wer aus diesem Personenkreis kein Smartphone hat, soll bei Bedarf eines erhalten.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Sind wir für die nächste Pandemie gerüstet und werden die angedachten Sachen bereits umgesetzt?

Herr Fulda (SJB): Im Moment liegt der Fokus darauf, nach der Pandemie aktiv zu sein. Natürlich gab es in der Pandemie auch Personen, zu denen der Kontakt verloren ging, und es gab auch „Verlierer“. Die Folgen werden teilweise jedoch erst im Nachhinein deutlich. Die nun entwickelte Struktur würde auch in einer neuen Pandemie wieder helfen.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Was wird in der digitalen barrierefreien Unterstützung von Behinderten bereits getan, damit es im Falle einer neuen Pandemie eingesetzt werden kann?

Herr Fulda (SJB): Ich kann nicht zu jedem Detailthema dieses breiten Antrags Angaben machen. Jedoch wird beispielsweise an der App für Obdachlose bereits gearbeitet. Neue Angebote wie digital@ka sollen barrierefrei sein, und die Verwaltung hat Ehrenamtliche ausgebildet, die ältere Menschen bei der Nutzung digitaler Medien unterstützen.

Herr Klein (SJB): Es gibt bereits Angebote für Menschen mit Einschränkungen. Beispielsweise wird die digitale Teilhabe junger behinderter Menschen gefördert, die aus dem elterlichen Zuhause ausziehen wollen, indem sie bei der Nutzung eines Smartphones

unterstützt werden. Es gibt eine Nachfrage nach solchen Angeboten, die Leistungen können im Rahmen der Teilhabe abgerufen werden. Die entsprechenden Angebote werden ausgeweitet.

Herr Barton (AWO): Im Nachgang kann man die Situation betrachten, um zu sehen, was daraus gelernt werden kann und was vielleicht noch besser geht. Die Pandemie bestärkt uns darin, nicht nur zu reden, sondern Dinge auch umzusetzen. Die Zusammenarbeit aller war gut, kreative Lösungen wurden gefunden. Die beste Prophylaxe für die Zukunft ist, das Zusammenspiel zu verstärken.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE): Der Begriff Kreativität ist in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiger Punkt. Dafür braucht es ein gutes Verhältnis zwischen den Trägern und der Stadtverwaltung.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 2 Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Neumann, Arbeitsförderung Karlsruhe gGmbH,
Herrn Kölmel, Jobcenter Stadt Karlsruhe und
Frau Kirschneit, Jobcenter Stadt Karlsruhe.

Frau Heibroek (SJB): Das Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Baustein der kommunalen Armutsbekämpfung. Teilhabe sowie Perspektiven für Langzeitarbeitslose und gesundheitlich eingeschränkte Personen sind Ziel des Projektes mit verschiedenen Maßnahmenbündeln wie beispielsweise Tagesstrukturierung und Kommunale Beschäftigung. Es erfolgt keine Wettbewerbsverzerrung, sondern es wird ein lokaler Konsens zwischen dem Arbeitskreis Europäischer Sozialfond (ESF) und dem Gesamtkonzept Arbeit gebildet. Vertragliche Partner sind die IHK, die Handwerkskammer und die Gewerkschaften. Der Bund hat 2019 mit dem Teilhabechancengesetz nachgelegt. Die Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen wird dadurch ermöglicht. Dies bedingt keine Doppelstrukturen, sondern die Regelinstrumente des Jobcenters und des Sozialen Arbeitsmarktes ergänzen sich gut und bauen aufeinander auf. 30 Prozent der über die Teilhabe geförderten Beschäftigten waren vorher in Maßnahmen des Sozialen Arbeitsmarktes. Eine Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes besteht. Der Arbeitsmarkt war jedoch nicht immun gegen die Corona-Pandemie. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, eigentlich an allen SGB II-Beziehenden, ist besonders in der ersten Hälfte 2021 stark angestiegen. Eine umso gravierendere Folge ist, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt, wodurch es für die Betroffenen immer schwieriger wird, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ein eigenständiges Leben zu führen. Besondere Risikogruppen für drohende Langzeitarbeitslosigkeit sind Frauen, Menschen ab 55 Jahren und Geringqualifizierte. Dies entspricht den Personenkreisen, die über den Sozialen Arbeitsmarkt betreut werden.

Frau Kirschneit (Jobcenter): Auch hier kommt man nicht um Corona herum, es spiegelt sich deutlich in den Zahlen wider. Vor der Pandemie war ein ständiger Rückgang der

Arbeitslosenzahlen zu beobachten, was jedoch durch Corona deutlich sichtbar gestoppt wurde. Die Arbeitslosenzahlen steigen nun wieder an.

Im Bereich des Arbeitslosengeldes I (ALG I) erfolgte eine deutliche Erhöhung durch die Pandemie. Im Bereich des Arbeitslosengeldes II (ALG II) war eine Abnahme vor der Pandemie wesentlich deutlicher zu erkennen. Bei den Langzeitarbeitslosen sind ganz klar stärkere Auswirkungen der Pandemie festzustellen.

Frau Neumann (afka): Die Frage ist, kommt das Angebot für den jeweiligen Personenkreis auch bei diesen Menschen an. Ziel war es, die erwerbsfähigen Personen zu erreichen, die keine Chance auf Integration haben. Wir erreichen die verschiedenen Personenkreise (alleinstehende, teilweise suchtkranke Männer, Behinderte, Alleinerziehende). Wir haben 44 % Teilnehmer/innen, die 10 Jahre oder länger arbeitslos sind. Ziel war es, eine sinnvolle Beschäftigung oder Tagesstruktur anzubieten. Die Befürchtung, eine „Verstopfung“ durch Teilnehmende zu erleben, die langfristig die Stellen im sozialen Arbeitsmarkt besetzen, ist nicht eingetreten. Vielmehr ist dieser dynamisch. Besonders erfreulich ist, dass ein echtes Sozialkonzept mit Stufengesetz gelungen ist. Durch eine sukzessive Heranführung hat sich gezeigt, dass auch diese Personen zu erreichen sind. Sogar der Weg in Ausbildung oder in Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt ist möglich. Wir hätten diesen Erfolg nicht, wenn nicht die Zusammenarbeit zwischen AWO, Parität, Caritas und der Agentur für Arbeit so gut wäre. Es gab coronabedingt keinen Bruch, da die Stadt Karlsruhe weiterhin erlaubt hat, kontinuierlich tätig zu sein. Die Beziehungen konnten fortgeführt werden und haben sich bewährt. Die Auslastung lag trotz Pandemie bei 93 %. Wir haben eine Punktlandung mit dem Konzept Sozialer Arbeitsmarkt geschafft.

Der Vorsitzende: Auf den Bericht von Herrn Kölmel im Sommer 2021 wird nochmal verwiesen. Die Kommunikation über verschiedene Medien war erfolgreich.

Frau Stadträtin Melchien (SPD): Ganz besonderer Dank gilt Frau Neumann dafür, dass das Konzept auch in einer Pandemie funktioniert hat sowie für die kreative Ausgestaltung. Der gemeinsame Beschluss im Gemeinderat war gut, auch dass Maßnahmen befristet waren, es hat sich gelohnt, hier mutig gewesen zu sein.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Man muss klipp und klar sagen, der Staat hat bei der Gruppe der Langzeitarbeitslosen leider versagt, und wir haben dies hiermit nachgeholt. Wir hoffen, dass dieses Projekt weiterläuft und nicht wegbricht. Was können wir machen, um Abbrechende aus gesundheitlichen Gründen so zu stabilisieren, dass sie im Projekt bleiben können?

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): In dieser Fortschreibung wird mit Zahlen untermauert, dass mit dem Gesamtkonzept Sozialer Arbeitsmarkt auch Erfolge erzielt werden, sogar eine Vermittlung in den zweiten Arbeitsmarkt, vereinzelt sogar in den ersten möglich ist. Sie haben uns ein gutes Miteinander mit der Trägerlandschaft und der Agentur für Arbeit gezeigt. Danke für die gute Arbeit.

Frau Neumann (afka): Es werden ergänzende gesundheitsunterstützende Maßnahmen über Träger angeboten, jedoch muss man ehrlicherweise sagen, dass ein Teil der Teilnehmenden nicht erreicht werden kann, da sie beispielsweise durch eine Suchtproblematik zu stark beeinträchtigt sind.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Laut der Vorlage gibt es einen erheblichen Anteil an Langzeitarbeitslosen, die ohne Berufsabschluss sind. Sehen sie eine Möglichkeit, dass man diese Menschen speziell anspricht? Handelt es sich vorwiegend um jüngere Personen, die man vielleicht doch noch zu einem Ausbildungsabschluss bringen kann?

Frau Neumann (afka): Es besteht ein großes Bündel an Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Die Teilnehmenden im Projekt Sozialer Arbeitsmarkt haben alle üblichen Möglichkeiten davor bereits erfolglos durchlaufen. Es gibt jedoch auch Einzelfälle, die nach dem Projekt wieder in einer Qualifizierungsmaßnahme untergebracht werden können. Fakt ist, wer Interesse entwickelt, erhält auch die notwendige Unterstützung.

Der Vorsitzende dankt Frau Neumann mit wertschätzenden Worten für die jahrzehntelange Arbeit.

Es ist besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Die Kommunen sind nicht das Kellergeschoss, sondern das Fundament der Gesellschaft.

Herr Kölmel (Jobcenter): Es ist mir eine Freude, Ihnen zu danken. Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter als wichtiger Partner war immer sehr gut, besonders für die Langzeitarbeitslosen. Der Dank gilt auch im Namen der Kunden, für die Perspektive und die Heranführung an die Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt.

Frau Neumann (afka): Meinen herzlichen Dank mit der Bitte, weiterhin die Unterstützung und das Engagement für den Sozialen Arbeitsmarkt fortzusetzen.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem GR *einstimmig*, die 2. Fortschreibung des Gesamtkonzepts Sozialer Arbeitsmarkt (Anlage) zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 3: Projektpräsentation „KA barrierefrei“

- Mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Albert, Liegenschaftsamt und bittet um seinen Bericht.

Herr Albert (LA) stellt die im Anhang beigefügte PowerPoint Präsentation „KA barrierefrei“ vor.

Beschluss: Der Sozialausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 4 Weibliche Genitalverstümmelung: Beratung und Prävention

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Meister (GB): Auch in Deutschland gibt es eine große Anzahl von Betroffenen, wir gehen von knapp 68.000 Frauen und Mädchen aus. Weibliche Genitalverstümmelung ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und gehört zur geschlechterspezifischen Gewalt,

die in der Istanbul-Konvention genannt wird. Wir sind in Karlsruhe bereits bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Im Rahmen der Konzepterarbeitung wird auch dieses Thema einfließen. Alle Facetten der Thematik werden angeschaut, um zu prüfen, ob die vorhandenen Maßnahmen zur Prävention, die Beratungsangebote sowie die Öffentlichkeitsarbeit ausreichend sind. Die Vernetzung der relevanten Akteurinnen und Akteure ist dabei ein wichtiger Baustein. Deshalb wird das Thema „Weibliche Genitalverstümmelung“ einer der Schwerpunkte im Rahmen der Umsetzung der Istanbul-Konvention sein.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Female Genital Mutilation (FGM) ist eine schwere Frauenrechtsverletzung, die lebenslange physische und psychische Folgen hat. Die Istanbul-Konvention verpflichtet, auch gegen diese Form der geschlechterspezifischen Gewalt vorzugehen. Circa 70.000 Frauen sind in Deutschland davon betroffen, und man geht davon aus, dass aktuell bis zu 18.000 Minderjährige davon bedroht sein könnten. Die GRÜNE Fraktion schätzt die Anstrengungen der Verwaltung, das Problembewusstsein für dieses Thema zu schärfen und dankt für die Vorlage. Einige Maßnahmen, wie die Verbreitung des Schutzbriefes an einzelne Dienststellen, wurden bereits veranlasst. Jedoch besteht auf verschiedenen Ebenen noch Handlungsbedarf. Wie in der Vorlage genannt, besteht bei den Frauenberatungsstellen der Wunsch nach einem Aufbau professionalisierter Vernetzungsstrukturen. Das Bild der Fallzahlen scheint aufgrund verschiedener Akteurinnen und Akteure (Beratungsstellen, Gesundheitsamt und Städtisches Klinikum) sehr diffus zu sein. In Gesprächen mit Familienhebammen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Gynäkologinnen und Gynäkologen sowie mit Lehrerinnen und Lehrern bekam ich den Eindruck, dass auch sie immer wieder mit Betroffenen konfrontiert sind, sobald genügend Vertrauen besteht. Für die grundsätzliche Bereitschaft des Klinikums, sich an der Umsetzung eines niederschweligen Beratungsangebotes zu beteiligen, sind wir dankbar. Ein Vorbild hierfür könnte das in der Freiburger Uniklinik eingerichtete „Zentrum für Frauen mit Genitalbeschneidung“ sein. Außerordentlich wichtig und unterstützend bei der weiteren Vorgehensweise wird auch die konzeptionelle Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sein.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Wir sprechen überwiegend von Frauen, von Erwachsenen. Was ist mit Kindern, die keine Anlaufstelle haben? Wenn die Eltern nicht erreicht werden, kann man auch die Kinder nicht schützen. Unser Augenmerk muss sein, die junge Generation zu erreichen. Werden die Personen auch in ihrer Landessprache, beispielsweise in der LEA (Landeserstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge), erreicht?

Frau Meister (GB): Die angesprochenen Probleme würden wir in dem Erhebungsprojekt ermitteln. Die Kinder erreichen wir bereits über die Schulsozialarbeit. Auch der Schutzbrief ist nur ein Teil. Die Internetseite steht kurz vor dem Relaunch.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Unser Antrag hat den Schwerpunkt auf Prävention gelegt. Aber auch die Betreuung der erwachsenen Frauen, die darunter leiden, ist erforderlich, daher der Hinweis auf das Zentrum in Freiburg.

Frau Stadträtin Dohan (CDU): Es ist richtig, was an Maßnahmen erfolgt und auch noch angedacht ist. Insbesondere die Einbindung des Städtischen Klinikums. Die Verstümmelungen finden in den Heimatländern statt. Das Problem sehe ich eher darin, die Kulturkreise, die die Genitalverstümmelung anwenden und die Beratungsstellen nicht annehmen, zu erreichen. Es ist ein ganz spezieller Kreis, der diese Tradition aufrechterhalten will. Nur eine Respektsperson aus diesem Kulturkreis kann ein Umdenken bewirken.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE): Dies ist ein Thema für den Migrationsbeirat. Es bedarf der Kultursensibilität von Anlaufstellen.

Der Vorsitzende dankt allen.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt.

TOP 5 Qualitative Umfrage alleinerziehender Familien, die ALG II beziehen

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Frau Dr. Hammer, Amt für Stadtentwicklung und stellt fest, dass auf eine Einführung kann verzichtet werden kann, da die Vorlage bekannt ist.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Welche Zusatzinformationen bekommen wir durch die Umfrage? Was ist wirklich neu, was kann anders gemacht werden?

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): In der Vorlage geht es um die Beauftragung von 30 Interviews. Wie soll der Fragenkatalog aussehen?

Nerr Nees (SJB): In der Umfrage geht es nicht darum, wie belastet die Familien sind, denn das wissen wir bereits. Die Fragen sollen ganz spezifisch auf Karlsruhe abgestimmt werden: Wie kommen Familien in Belastungssituationen mit der Struktur in Karlsruhe zurecht? Wie können wir das Hilfesystem besser zugänglich machen?

Frau Dr. Hammer (AfSta): Die Aufgabe ist, gute Fragestellungen zu finden, um individuelle Situationen herausarbeiten zu können.

Beschluss: Der Sozialausschuss befürwortet eine qualitative Befragung unter Alleinerziehenden in belasteten Lebenssituationen zur Weiterentwicklung der Angebotslandschaft für Familien in Belastungssituationen.

TOP 6: Karlsruher Ratgeber: Soziales Hilfetelefon mit Rund-um-die Uhr-Erreichbarkeit

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende verzichtet auf eine Einführung, da die Vorlage bekannt ist.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): 2011 wurde der Antrag erstmals gestellt. Dem damaligen Direktor der Sozial- und Jugendbehörde, Herrn Seekircher, war es im Vorfeld des Antrages nicht gelungen, meine fiktive Aufgabe, „einen Platz für ein behindertes Kind zu finden“, zu erfüllen. Aus diesem Grund die Idee von einem Hilfetelefon. Es gibt viele verschiedene Stellen, die 24 Stunden erreichbar sind, wie beispielsweise Krankenhaus, Seelsorge etcetera, die man bündeln könnte. Es geht darum, Betroffenen eine Hilfeleistung oder

Ansprechpartner zu nennen. Außerdem die Bitte, die Funktionsweise eines „Chatbot“ zu erläutern.

Frau Sailer (SJB): Beim Chatbot des Ordnungsamtes handelt es sich um ein sprachgesteuertes System, das Anrufende weiterleiten kann. Dort könnten eventuell entsprechende Informationen eingepflegt werden. Grundsätzlich muss man unterscheiden zwischen einem akuten Notfall, dafür gibt es Notfallnummern, die auch funktionieren, und einer Notlage, beispielsweise wenn jemand nach einem Krankenhausaufenthalt Unterstützung zu Hause benötigt. Hier geht es um Fachpersonal, welches nicht rund um die Uhr erreichbar ist. Da aber kein akuter Notfall vorliegt, kann man regulär einen Termin vereinbaren.

Der Vorsitzende: Die Stadt Karlsruhe hat ein gutes Netzwerk, das funktioniert. Wir sind gut aufgestellt.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Antrag kann von der Tagesordnung des Gemeinderates gestrichen werden.

Beschluss: Der Antrag ist erledigt und kann von der Tagesordnung des Gemeinderates am 19.10.2021 gestrichen werden.

Der Vorsitzende stellt die Befangenheit von Herrn Barton, AWO Karlsruhe gGmbH bei TOP 7 fest, und dieser verlässt den „Sitzungsraum“.

TOP 7: Drogenkonsumraum K76: Evaluation

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Sailer (SJB): Der aktuelle Stand der registrierten Nutzerinnen und Nutzer zum 30. September 2021 beträgt 152 Personen. Es gab keine weiteren Notfälle, jedoch zwei weitere befristete Hausverbote. Die zeitliche Befristung dient den Teilnehmenden als Lernprozess, dass man auch nach einem Verstoß wiederkommen darf. Die Notfallpflege wird sehr gut in Anspruch genommen und bietet einen großen Nutzen für die Drogenkonsumierenden. Insgesamt ist die Anzahl der Spritzenfunde im öffentlichen Raum durch das Projekt vermindert. Die meisten Teilnehmenden hatten bereits Kontakt mit dem Hilfesystem. Es handelt sich um langjährige drogenkranke Menschen, die in der Regel im Leistungsbezug stehen. Die Befürchtung, durch das Angebot könne ein Konsumtourismus entstehen, hat sich nicht erfüllt. Die Befragung von Polizei und Ordnungsamt hat ergeben, dass beide den Weiterbetrieb befürworten. Auch die Staatsanwaltschaft befürwortet, dass es einen sauberen Platz für die Konsumierenden gibt. Mannheim und Stuttgart machen sich ebenfalls auf den Weg, einen Drogenkonsumraum einzurichten.

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Der Drogenkonsumraum ist eine gute Entscheidung, um den Werderplatz zu beruhigen. Wird den Usern dort der richtige Umgang mit Spritzen („safer-use“) gezeigt? In anderen Städten ist das teilweise nicht erlaubt.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE): Ist es dem Träger durch personelle Umschichtung möglich, den Wunsch nach längeren Öffnungszeiten beziehungsweise Öffnung am Sonntag umzusetzen?

Frau Sailer (SJB): Der sichere Umgang mit Drogen kann erläutert werden. Wichtig ist auch die Prävention, um möglicher Abhängigkeit vorzubeugen. Bezüglich der Öffnungszeiten kann aufgrund der engen Personaldecke vermutlich keine Änderung erfolgen. Man muss mit dem Träger sprechen, ob eine andere Ausweitung möglich ist.

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Gehört es auch zu den Zielen des Drogenkonsumraumes, Angebote für den Ausstieg aus der Sucht zu machen?

Frau Sailer (SJB): Wenn Interesse vorliegt, wird Unterstützung beim Ausstieg angeboten. Das gehört zur Beratungsarbeit dazu. Allerdings geht es bei langjährigen Drogenkonsumierenden oftmals mehr darum, zunächst Vertrauen aufzubauen.

Der Vorsitzende: Es geht hier um schlimmste Lebensumstände. Daher geht es eher um Stabilisierung sowie Verhinderung von Kriminalität, und es ist schon viel, wenn das erreicht wird.

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem GR *einstimmig*, die dauerhafte Weiterführung des Drogenkonsumraumes K 76 zu beschließen und die hierfür erforderlichen Mittel weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Herr Barton (AWO Karlsruhe gGmbH) kehrt ins Gremium zurück.

Der Vorsitzende stellt die Befangenheit von Pfarrer Stoll, Diakonisches Werk Karlsruhe bei TOP 8 fest, und dieser verlässt den „Sitzungsraum“.

TOP 8: Alkoholakzeptierendes Aufenthalts- und Beratungsangebot A³: Evaluation

- Vorlage und mündlicher Bericht -

Frau Sailer (SJB): Das „Alkoholakzeptierende Aufenthalts- und Beratungsangebot“ war ein zweiter wichtiger Baustein einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe zur Entlastung des Werderplatzes. Das Projekt konnte nach dem Beschluss durch den Gemeinderat schnell beginnen, da Räumlichkeiten bereits vorhanden waren. Es erfolgte auch eine rasche Annahme des Raumes, in dem sich die Nutzenden geschätzt fühlen. Heute Morgen wurde, nach der Kündigung der bisherigen Räume, ein neuer Mietvertrag unterschrieben. Es ist eine tolle Immobilie in der Nähe der bisherigen. Der neue Vermieter möchte gezielt an dieses Projekt vermieten, um so eine soziale Einrichtung zu unterstützen. Dies zeigt, dass auch die Bürgerschaft dieses Angebot mitträgt. Das A³ ist ein niederschwelliges Angebot. Träger, Ordnungsamt und Polizei sind im Gespräch, damit das Projekt gut und wie geplant weiterlaufen kann.

Herr Stadtrat Kalmbach (FW/FÜR): Es heißt, dass viele Nutzerinnen und Nutzer betrunken ankommen. Wie kann man in diesem Fall noch mit den Personen arbeiten?

Frau Stadträtin Fenrich (AfD): Gehe ich recht in der Annahme, dass dieser Personenkreis nicht von der Alkoholsucht befreit werden kann?

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU): Darf man erfahren, wo sich das neue Objekt nun befindet?

Herr Stadtrat Riebel (GRÜNE): Gab es eine Abfrage, ob die Nutzenden eine Erweiterung der Öffnungszeiten wünschen?

Frau Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich habe das Projekt selbst besichtigt und bin froh darüber, dass es dieses gibt. Hat der Wechsel der Immobilie auch finanzielle Auswirkungen?

Frau Sailer (SJB): Es ist eine Frage der Intoxikation. Bis zu einem bestimmten Level kann mit den Menschen gearbeitet werden. Daher wird vormittags mit den Menschen gearbeitet und nicht nachmittags, mit steigendem Alkoholkonsum. Die Angebote vor Ort sind beispielsweise leichte Bastelarbeiten. Die Schützenstraße, der bisherige Standort, ist eine sehr enge Straße mit einem schmalen Gehweg. Daher wirkte es aus Sicht der Anwohner dort schnell voll und dominant, wenn sich die Menschen dort getroffen haben, und es gab Beschwerden. Das neue Objekt liegt in der Ettlinger Straße, also in einer großen Straße mit breitem Gehweg, auf dem ein Zusammentreffen mehrerer Personen nicht so stark auffällt. Es erfolgt eine Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungsamt, um einen guten Umgang im neuen Raum zu finden. Zu den finanziellen Auswirkungen kann ich noch nichts sagen. Zum Thema Ausstieg ist zu bedenken, dass es sich um schwer kranke Menschen mit multiplen Problemen handelt. Es ist ein langsamer Prozess, Vertrauen zu schaffen. Vielleicht kann nach langem Weg etwas erreicht werden

Beschluss: Der Sozialausschuss empfiehlt dem GR *einstimmig*, die dauerhafte Weiterführung des Alkoholakzeptierenden Aufenthalts- und Beratungsangebotes A³ zu beschließen und die hierfür erforderlichen Mittel weiterhin zur Verfügung zu stellen.

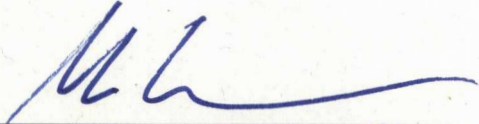
Pfarrer Stoll (Diakonisches Werk Karlsruhe) kehrt ins Gremium zurück.

Der Vorsitzende stellt die Nichtöffentlichkeit her.

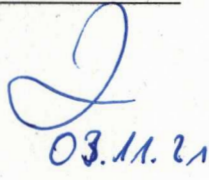
Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nichtöffentlicher Teil.

Karlsruhe, den 12. Oktober 2021

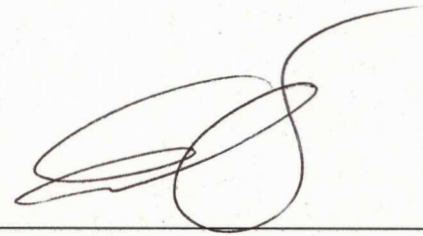
gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



03.11.21



Carmen Edler
Schriftführerin